



**Regionalverband
Südlicher Oberrhein**
Planen. Beraten. Entwickeln.

DS PIA 09/2006
Anlagen

Freiburg i. Br., 26.09.2006

Unser Zeichen: 05022.1

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19
79102 Freiburg i. Br.

Planungsausschuss am 05.10.2006

TOP 2 (öffentlich) Europäische Metropolregion Oberrhein

– *beschließend* –

1. Beschlussvorschlag der Geschäftsstelle

- 1.1 Der Regionalverband Südlicher Oberrhein begrüßt die von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30.06.2006 beschlossene Einbeziehung „grenzüberschreitender metropolitaner Verflechtungsräume, wie z.B. den deutsch-schweizerisch-französischen Kooperationsraum am Oberrhein“ in das deutsche Konzept „Europäischer Metropolregionen“.
- 1.2 Der Regionalverband Südlicher Oberrhein bittet die Bundesregierung, sich auch bei der Erarbeitung von Plänen und Programmen auf europäischer Ebene (etwa der Territorialen Agenda der EU) für die Berücksichtigung „grenzüberschreitender metropolitaner Verflechtungsräume“ als bedeutenden Motoren für „Wachstum und Innovation“ einzusetzen.
- 1.3 Der Regionalverband Südlicher Oberrhein bittet die Bundesregierung, das Projekt „Europäische Metropolregion Oberrhein“ als Modellvorhaben fachlich wie finanziell zu unterstützen.
- 1.4 Die Geschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit den Regionalverbänden Hochrhein-Bodensee und Mittlerer Oberrhein sowie dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg darauf hinzuwirken, dass die in den „Leitbildern“ angeführte Unterstützung der konzeptionellen Umset-

zung durch den Bund für die Weiterentwicklung der Europäischen Metropolregion Oberrhein genutzt werden kann.

Dabei sollen auch die Möglichkeiten ausgelotet werden, ein gemeinsames Modellvorhaben des Bundes für den Raum Aachen / Lüttich / Maastricht / Heerlen und den Oberrheinraum zu initiieren.

- 1.5 Die Geschäftsstelle wird beauftragt, gemeinsam mit den Regionalverbänden Mittlerer Oberrhein und Hochrhein-Bodensee sowie den Industrie- und Handelskammern am Oberrhein die Gründung eines „Freundes- bzw. Initiativkreises Metropolregion Oberrhein“ vorzubereiten.

2. Anlass und Begründung

Nach einem mehrjährigen sachlichen und politischen Diskussionsprozess zwischen Bund und Ländern wurde mit Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 30.06.2006 der Oberrheinraum als „grenzüberschreitender metropolitaner Verflechtungsraum“ ausdrücklich in die „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ aufgenommen. Zudem sind in den kommenden 12 Monaten verschiedene Ereignisse vorgesehen, in denen die Entwicklung einer „Europäischen Metropolregion Oberrhein“ vorangebracht werden kann.

(Anlage 1)

Die gesamte Thematik hat eine erhebliche Dynamik angenommen, die es für die erfolgreiche Fortsetzung des Prozesses zu nutzen gilt. In der Sitzung des Planungsausschusses am 5. Oktober 2006 sollen daher für die weitere Positionierung des Regionalverbandes wichtige Entscheidungen getroffen werden (vergleiche hierzu auch die Tagesordnungspunkte 3 bis 5).

Aufgrund der regionsübergreifenden Bedeutung und der vorgeschlagenen Bildung eines Kooperationsausschusses (vgl. TOP 3) werden auch der Vorsitzende sowie der Direktor des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein mit Repräsentanten der in der Verbandsversammlung vertretenen Fraktionen, für die Région Alsace, Herr Direktor Pierre Meyer und für den Regionalverband Hochrhein-Bodensee, Herr Verbandsdirektor Karl-Heinz Hoffmann-Bohner, an der Sitzung teilnehmen. Ferner ist die seit dem 01.09.2006 amtierende Leiterin der für Landes- und Regionalplanung zuständigen Abteilung 5 des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, Frau Ministerialdirigentin Kristin Kessler, zur Sitzung eingeladen.

(DS PIA 11/06)

3. Sachstand

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 21. Juli 2005 das Ziel des Oberrheinraumes, sich als Europäische Metropolregion aufzustellen, unterstützt und die Geschäftsstelle beauftragt, entsprechende Initiativen zu ergreifen.

(DS VVS 12/05)

Am 27. März 2006 wurde der Verbandsversammlung ein Sachstandsbericht vorgelegt. Verabschiedet wurde in dieser Sitzung auch die gemeinsame Resolution der drei Regionalverbände am Oberrhein zur „Europäischen Metropolregion“, mit der die Landesregierung und Wirtschaftsminister Pfister gebeten wurden, sich im Rahmen der MKRO für die notwendigen Beschlüsse zur Qualifizierung des Oberrheinraumes bei der Aufstellung der „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ einzusetzen.

(DS VVS 01/06)

Das Präsidium der Oberrheinkonferenz hat am 23. Juni 2006 die MKRO gebeten, bei der Formulierung der „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ den Oberrheinraum als eine grenzüberschreitende Modellregion zu berücksichtigen. Zudem wurden alle im Mandatsgebiet grenzüberschreitend tätigen Institutionen (wie z. B. der Zweckverband Regio Pamina, die Eurodistrikte oder der Verein Trinationale Agglomeration Basel) gebeten, gemeinsam das Ziel einer modellhaften Europäischen Metropolregion Oberrhein anzustreben.

Am 30.06.2006 hat die MKRO die zunehmende Bedeutung von Metropolregionen als Motoren für „Innovation und Wachstum“ im Rahmen großräumiger

(Anlage 1)

großräumiger Verantwortungsgemeinschaften erneut hervorgehoben. Ausdrücklich gewürdigt wurde dabei auch die besondere Funktion grenzüberschreitender metropolitaner Verflechtungsräume in Deutschland, wobei der deutsch-schweizerisch-französischen Kooperationsraums am Oberrhein und der Raum Aachen, Lüttich, Maastricht und Heerlen erstmals in das Konzept europäischer Metropolräume einbezogen wurden.

Nicht zuletzt durch das besondere Engagement der Landesregierung und insbesondere des Wirtschaftsministeriums, konnte nach der Durchsetzung einer entsprechenden *Öffnungsklausel* im April 2005 mit der Würdigung der besonderen transnationalen Situation des Oberrheinraumes ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Anerkennung als „Europäische Metropolregion Oberrhein“ auf Bundesebene erreicht werden.

(DS VVS 01/06)

4. Handlungsfelder

In den „Handlungsansätzen“ der genannten raumordnerischen „Leitbilder und Handlungsstrategien“ wird darauf hingewiesen, dass das Konzept der Metropolregionen weiterentwickelt und räumlich differenziert werden soll. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Konzeptes Europäischer Metropolregionen unter Einbeziehung grenzübergreifender metropolitaner Verflechtungsräume liegen. Die Aktivitäten des Bundes umfassen dabei auch die „Initiierung von Fachkonferenzen in den entsprechenden Regionen und die Begleitung der Umsetzung vor Ort.“ Seitens des Bundes werden damit wichtige Instrumente für die weitere konzeptionelle Bearbeitung in Aussicht gestellt.

Mit Schreiben vom 03.08.2006 hat der Verbandsvorsitzende den Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg gleichzeitig in seiner Funktion als Vorsitzenden der MKRO um Sondierung gebeten, wie die angekündigte fachliche und finanzielle Unterstützung des Bundes zu Gunsten der Oberrheinregion genutzt werden kann. In seiner Antwort vom 29.08.2006 hat Wirtschaftsminister Pfister die nachdrückliche Unterstützung des Landes zugesagt, über ein *Modellvorhaben der Raumordnung* (MORO) weitere Aktivitäten am Oberrhein auch mit Hilfe des Bundes zu fördern. Gleichzeitig betont der Minister, dass die Aussichten auf eine solche Bundesförderung durch konkrete Projektvorschläge aus der Region günstig beeinflusst werden könnten.

Vor diesem Hintergrund ist wichtig, dass bereits vorliegende Handlungsvorschläge weiter vertieft und konkretisiert werden. So hat der **Ministerrat Baden-Württembergs** am 7. März 2006 *Eckpunkte einer Neukonzeption der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Landes* „Zukunftstechnologien, wie Bio- und Umweltwissenschaften, Medizintechnik, Erneuerbare Energien, Informationstechnologie und Fahrzeugbau als vorrangige Kooperationsfelder bei der Entwicklung einer Europäischen Metropolregion Oberrhein“ beschlossen.

Zudem wurden zwei weitere Bereiche aufgezeigt, in denen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fortentwickelt werden soll:

1. Aufgaben, bei denen eine Kooperation aufgrund des damit verbundenen Konfliktpotenzials oder der bestehenden Konkurrenzsituation bislang weitgehend vermieden wurde (z. B. großflächiger Einzelhandel, Flughäfen, Unternehmensansiedlungen),

2. Herausforderungen, denen sich Grenzregionen stellen müssen, um sich im globalen und regionalen Kontext behaupten zu können.

Von der **Oberrheinkonferenz** wurden die wirtschaftlichen Kennziffern und Entwicklungspotenziale des Oberrheinraumes zusammengestellt. Diese waren Grundlage für die Erarbeitung zahlreicher konzeptioneller Vorschläge und Einzelmaßnahmen im Rahmen von Expertenworkshops.

Deutlich wurde in diesem Zusammenhang, dass das Management des weiteren Projektfortganges durch die Oberrheinkonferenz nicht geleistet werden kann. Die bestehenden Strukturen verfügen nicht über die erforderliche Flexibilität und zeitnahe Reaktionsmöglichkeit und bieten zudem keine geeigneten Ansatzpunkte für die direkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

(Anlage 2)

Die **Geschäftsstelle** des Regionalverbandes hat für das erforderliche Projektmanagement ein Steuerungsmodell entwickelt und in die Gremien der Oberrheinkonferenz eingebracht, das aus drei Elementen besteht (vergleiche Anlage 2; Seite 9):

1. „porte-paroles“: Ein Kreis prominenter „Fürsprecher“ aus allen Teilräumen, die das Projekt „verkörpern“. Ihre Zustimmung haben bereits der Verleger Prof. Hubert Burda und der Präsident der Région Alsace, Adrian Zeller, signalisiert. Die Suche nach einem Schweizer Vertreter läuft.
2. „Initiativkreis Metropolregion Oberrhein“: Bildet eine für alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen offene Beteiligungsplattform und soll eine inhaltlich möglichst breite und in der Zivilgesellschaft verankerte Projektausrichtung ermöglichen.
3. „Think tank“: Paritätisch besetztes Expertenteam, das professionelle und effiziente Projektsteuerung gewährleistet, die Rückkopplung in den regionalen Entscheidungsgremien sowie die enge inhaltliche Abstimmung mit der Vorbereitung des 11. Dreiländerkongresses im Herbst 2007 sicherstellt.

Mit diesem Modell könnten ohne größere Vorlaufzeiten die Aktivitäten aller Projektbeteiligten koordiniert und in das Gesamtvorhaben integriert werden. Neue dauerhafte Organisationsformen blieben zudem entbehrlich. Das Organisationsmuster entspricht zudem bewährten Prinzipien auch anderer Metropolräume. Es wird aber auch den Charakteristiken eines trinationalen Raumes gerecht.

Über die anfängliche Projektphase hinaus erscheint zudem eine schlankere und vernetzte Gesamtorganisation der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Gremien von Oberrheinrat und –konferenz zweckmäßig. Gewährleistet werden müssen dabei auch Möglichkeiten zu Beteiligung von Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen, um die von diesem Gruppen ausgehenden zahlreichen Impulse zur grenzüberschreitenden Kooperation dauerhaft in die Gesamtstrategie einbinden zu können.

Alle maßgeblichen politischen Gremien haben sich für die Schaffung einer „Europäischen Metropolregion Oberrhein“ als *eigenständige und handlungsfähige Kooperationsseinheit* ausgesprochen und damit ein *gemeinsames strategisches Ziel* formuliert.

Die bereits vorliegenden, vielfältigen konzeptionellen Ansätze gilt es nun umsetzungsreif und projektbezogen zu vertiefen. Dabei ist aufgrund des engen inhaltlichen Bezugs zu nationalen und europäischen Plänen und Programmen eine entsprechende zeitliche Abstimmung erforderlich.

Eine Abstimmung ist auch mit dem von der MKRO als weitere potenzielle grenzüberschreitende Metropolregion genannten Raum Aachen/Lüttich/Maastricht/Heerlen geboten. Ein erstes Gespräch der Geschäftsstellen der Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein und der Städteregion Aachen über ein gemeinsames strategisches Vorgehen fand bereits statt. Zudem stehen die Geschäftsstellen des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein und der Städteregion Aachen als Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Ballungsräumen“ im regelmäßigen Austausch mit bereits anerkannten Metropolregionen und profitieren vom Wissenstransfer zur effizienten Nutzung des angestrebten Labels. Den Mehrwert dieser Kooperation verdeutlicht die den Sitzungsunterlagen beiliegende Imagebroschüre, die sowohl die Region Südlicher Oberrhein als auch die Städteregion Aachen in den Kontext der großen deutschen Verdichtungsräume stellen.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „StädteRegion Aachen“ wird am 26.09.2006 den aktuellen Sachstand und die Perspektiven der Initiative „Metropolregion Aachen-Maastricht-Lüttich“ beraten. Über das Beratungsergebnis kann in der Ausschuss-Sitzung am 05.10.2006 berichtet werden.

5. Weiterer Zeitplan

Für die weitere Entwicklung der „Europäischen Metropolregion Oberrhein“ sind folgende Termine von Bedeutung:

- Im Januar 2007 übernimmt die Bundesrepublik die EU-Ratspräsidentschaft. Angekündigt ist die weitere Bearbeitung der „Territorialen Agenda der EU“, die bis Mai 2007 fertiggestellt werden soll.

(DS PIA 12/06)

(Die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen wird dazu vom federführenden Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gehört.)

(DS PIA 10/06)

- Im März 2007 wird die MKRO in Straßburg mit EU-Kommissarin Danuta Hübner zusammentreffen.
- Am 24. und 25. Mai 2007 wird im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Informelles Ministertreffen in Leipzig stattfinden. Auf diesem Treffen werden sich die für Raumentwicklung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zuständigen Minister auf die so genannte "Territoriale Agenda der EU" verständigen.
- Der 11. Dreiländerkongress soll im Herbst 2007 in Strasbourg stattfinden. In diesem Zusammenhang soll auch über die „Europäische Metropolregion Oberrhein“ berichtet werden.

6. Weiteres Vorgehen

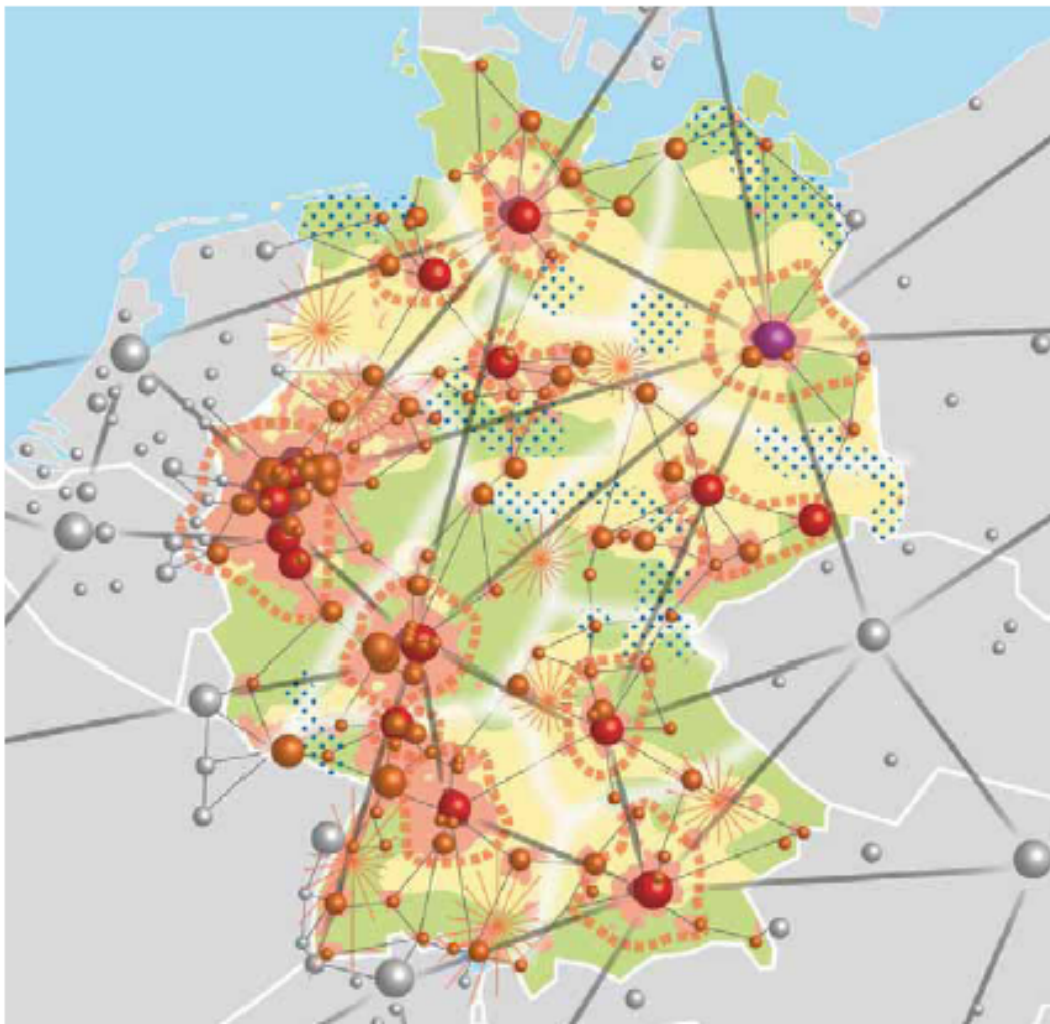
Bezüglich der nächsten Schritte auf dem Weg zur Anerkennung als „Europäische Metropolregion Oberrhein“ verständigten sich am 20.09.2006 Repräsentanten der Industrie- und Handelskammern Südlicher Oberrhein und Mittlerer Oberrhein, der Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein und Hochrhein-Bodensee, sowie das Staatsministerium, das Wirtschaftsministerium, sowie die Regierungspräsidien Karlsruhe und Freiburg auf folgende Eckpunkte:

- Vor dem Hintergrund des Zusammentreffens der MKRO im März 2007 in Straßburg mit EU-Kommissarin Danuta Hübner ist es geboten, dass die „Region Oberrhein“ ein *starkes – politisches – Zeichen* setzt.
- Deshalb soll spätestens im Februar 2007 in einer öffentlichen Veranstaltung der „Freundes- bzw. Initiativkreis Metropolregion Oberrhein“ gegründet werden.
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung übernehmen die IHK Südlicher Oberrhein (federführend für die benachbarten Kammern) sowie die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein und Hochrhein-Bodensee. Dabei soll die – für das „Städtenetz“ federführende – Stadt Karlsruhe ebenso eingebunden werden wie die – den 11. Dreiländerkongress im Herbst 2007 vorbereitende – Région Alsace.
- Staatsministerium und Wirtschaftsministerium werden unterstützend im Herbst 2006 mögliche „Motoren“ an Europäischen Metropolregion Oberrhein zu einem informellen Strategiegelgespräch einladen.

Auszug



Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland



Verabschiedet von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 30.06.2006

Europäische Metropolregionen in Deutschland und ihre Vernetzung

Deutschland verfügt mit der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und den Metropolregionen Hamburg, München, Frankfurt/Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Stuttgart, Halle/Leipzig-Sachsendreieck, Hannover-Braunschweig-Göttingen, Nürnberg, Rhein-Neckar sowie Bremen-Oldenburg über elf Metropolregionen von europäischer Bedeutung. Diese Metropolregionen konstituierten sich entsprechend ihrer eigenen Abgrenzung, ihrer spezifischen Organisationsstruktur und ihrer jeweiligen Kooperationsräume. Es handelt sich dabei um eine gewollte Vielfalt im Wettbewerb um erfolgreiche Modelle stadtreionaler Selbstorganisation.

Das Konzept der Metropolregionen ist u. a. für den Wirtschaftsraum Mitteldeutschland eine besondere Chance, sich im europäischen Wettbewerb zu positionieren. Dazu sollen die Thüringer Städtereihe und die Oberzentren des Landes Sachsen-Anhalt in die Entwicklung der Metropolregion Halle/Leipzig-Sachsendreieck einbezogen werden. In einer verallgemeinerten funktionalen Sichtweise sind Metropolregionen durch einen oder mehrere städtische Kerne sowie damit in Beziehung stehende engere und weitere metropolitane Verflechtungsbereiche gekennzeichnet.* Letztere sind teilweise ländlich geprägt.

Als funktionale Verflechtungsräume sind Metropolregionen Motoren der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung mit internationaler Bedeutung und Erreichbarkeit. In Metropolregionen bündeln sich europäisch und global bedeutsame Steuerungs- und Kontrollfunktionen, Innovations- und Wettbewerbsfunktionen, Gateway- und Symbolfunktionen. Prägend dafür sind:

- die Konzentration politischer und ökonomischer Schaltstellen sowie die Kontrolle internationaler Finanz- und Informationsströme;
- eine hohe Dichte an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie das Vorhandensein hochwertiger kultureller Angebote und kreativer Milieus;
- eine gute internationale Erreichbarkeit durch ein hochrangiges Verkehrsinfrastrukturangebot und vielfältige Optionen für den Austausch von Gütern, Wissen und Informationen;
- ein hohes Maß an historischer, politischer, kultureller sowie städtebaulicher Bedeutung und ein entsprechendes internationales Ansehen.

Perspektivisch wird die Bedeutung der Kooperation zwischen Metropolregionen in ganz Europa, vor allem auch mit Mittel- und Osteuropa zunehmen.

Darüber hinaus gewinnen für Deutschland grenzüberschreitende metropolitane Verflechtungsräume zunehmend an Bedeutung, wie z. B. die Entwicklung des deutsch-schweizerisch-französischen Kooperationsraums am Oberrhein oder die Zusammenarbeit im Raum Aachen, Lüttich, Maastricht und Heerlen zeigen. Bei der Konkretisierung des Leitbilds wird zu prüfen sein, wie solche Räume in das Konzept der europäischen Metropolregionen einbezogen werden können.

Entwicklungspolitisches Konzept für Wachstum und Innovation

Die Raumordnung von Bund und Ländern wird in den kommenden Jahren insbesondere das Konzept „Europäische Metropolregionen in Deutschland“ weiterentwickeln und räumlich differenzieren. Dazu zählen u. a.:

- Ergänzung des Konzepts um Aspekte grenzüberschreitender metropolitaner Verflechtungsräume von europäischer Bedeutung, der Wachstumsregionen außerhalb der Metropolregionen und der Entwicklung großräumiger Verantwortungsgemeinschaften;
- Neuthematisierung des Ansatzes „endogene Regionalentwicklung“ in Abstimmung mit der regionalen Strukturpolitik und der Agrarpolitik für ländliche Räume;
- Beiträge zur Erarbeitung integrierter Stabilisierungsstrategien für Räume mit Stabilisierungsbedarf;
- Initiierung von Fachkonferenzen in den entsprechenden Regionen und die Begleitung der Umsetzungen vor Ort.

Die Raumordnung von Bund und Ländern fordert zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland eine stärkere Berücksichtigung des Metropolregionenkonzepts in den nationalen und EU-Fachpolitiken.

Gezielter Ausbau der großräumig bedeutsamen Verkehrsinfrastruktur

Als wichtige intermodale Schnitt- und Knotenpunkte der europäischen Verkehrsströme sowie als Knoten des Wissensaustauschs und des Forschungstransfers sind die Metropolregionen darauf angewiesen, dass ihre verkehrlichen Ver- und Anbindungsqualitäten erhalten und gezielt ausgebaut werden. Damit verbunden ist gleichzeitig ein Ausstrahlungseffekt auf ihr Umland und ihre Peripherie.

Im Vordergrund steht die Identifizierung von Schwachstellen der Gateways (z. B. Luftverkehrsanbindung und Logistikstandorte, Defizitanalyse des Schienenfernverkehrs) sowie die qualitative Verbesserung der Verkehrsverbindungen mit den neuen EU-Mitgliedstaaten. Entsprechende Schlussfolgerungen sind in die Umsetzung der Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans 2003 einzubeziehen, insbesondere zum Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur.

Die europäische Perspektive der Metropolregionen fördern

Mit dem erweiterten Konzept der europäischen Metropolregionen in Deutschland müssen auch die Handlungsstrategien durch eine internationale Perspektive ergänzt werden. Ansatzpunkte dafür sind u.a.:

- die Internationalisierung von Behörden, Verbänden, Unternehmen fördern und kommunizieren;
- stärkere Präsenz der Metropolregionen auf der europäischen und internationalen Bühne;
- Erarbeitung und Verbreitung von international vergleichenden Benchmarkings durch die Metropolregionen.

Gemeinsame Verantwortung in großen Verflechtungsräumen

Das Partnerschafts- und Verantwortungsprinzip in den Metropolregionen mit ihren weiterentwickelnden Verantwortungsgemeinschaften ist als „Bottom-Up“-Prozess für stabile regionale Organisationsformen und für wachsende regionale Steuerungskompetenz zu stärken.

Ein wichtiges Unterstützungsinstrument sind Modellvorhaben zur Organisation von Kooperationsprozessen zwischen Metropolregionen und anderen Räumen sowie zur Selbstorganisation in den dynamischen Wachstumsräumen außerhalb der Metropolregionen, ggf. in Form eines betreuten Wettbewerbs und langfristig der Aufbau eines Initiativkreises solcher Regionen.

Räume und Netze der Wissensgesellschaft

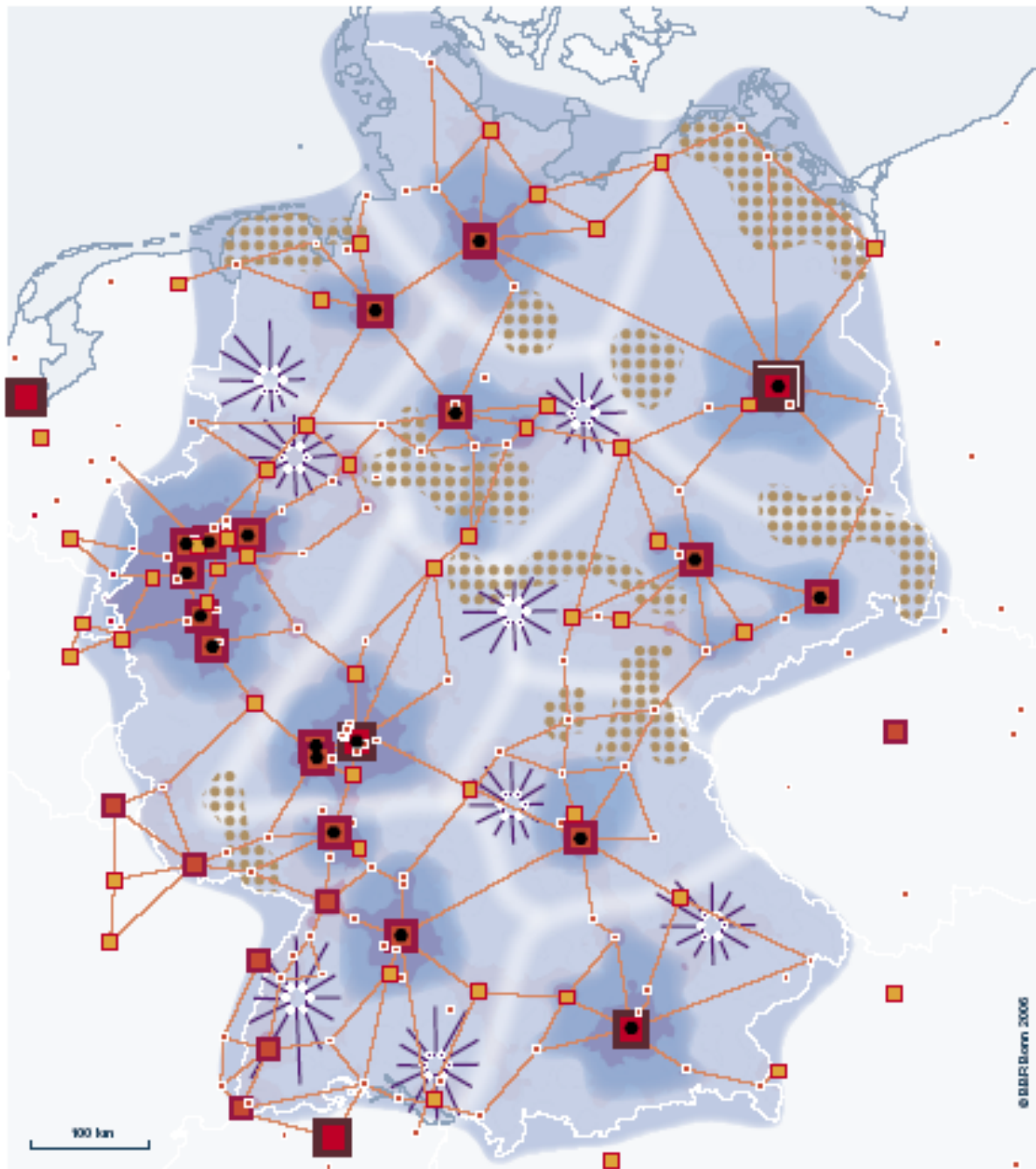
Die Wissensgesellschaft insgesamt ist die wichtigste Innovationsressource und Grundlage jeder Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Aber die Ableitung darauf aufbauender Strategien des Umgangs mit den Standorten der Wissensproduktion und des regionalen Wissensmanagements geschieht bisher wenig systematisch.

Innovationsförderung sollte dabei nicht lediglich planerisch vorsorgend unterstützt werden, sie sollte auch dringend gebündelt und vernetzt werden. Die Herausbildung von bedeutenden Knoten und Netzhierarchien in den eigentlich virtuellen Netzen der wissenschaftlichen Datenübermittlung und der Breitband-Telekommunikation sowie die erkennbare regionale Konzentration von Innovationsaktivitäten geben Hinweise für strategische Ansatzpunkte, die schwerpunktmäßig in den Metropolregionen liegen.






Im Rahmen der Operationalisierung soll deshalb die Verknüpfung der Idee der Wissensgesellschaft mit dem Konzept der Metropolregionen und Wachstumsräume vorangetrieben werden. Dazu sollten

- der Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland das Thema auf seine Agenda nehmen und
- der Bund durch einen Wettbewerb „Wissensgesellschaft – Metropolregionen und Wachstumsräume“ sowie eine entsprechende Begleitforschung flankieren.

Leitbild Wachstum und Innovation



Metropolräume

-  Kerne der Hauptstadtregion und der bestehenden europäischen Metropolregionen
-  weitere Standorte von Metropolfunktionen
-  engerer metropolitaner Verflechtungsraum
-  weiterer metropolitaner Verflechtungsraum einschließlich ländlicher Räume
-  Übergangszonen zwischen metropolitanen Verflechtungsräumen



Wachstumsräume außerhalb engerer metropolitaner Verflechtungsräume



Stabilisierungsräume



Raumstruktur

-  hochverdichteter Zentralraum
-  verdichteter Zwischenraum



Europäische Metropolregion Oberrhein

Hintergrund – Sachstand – Vorschläge zum weiteren Vorgehen

(Stand 09/2006)

1. Rahmenbedingungen

Die „Globalisierung“, der Wandel staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten und die demografische Veränderungen in Europa gelten als die maßgeblichen Bestimmungsfaktoren der zukünftigen Entwicklung.

Eine intensiver zusammenarbeitende EU garantiert den freien Fluss von Waren und Dienstleistungen, von Investitionen und Know-how. Dieser größer werdende gemeinsame Markt mit einheitlicher Währung wird begleitet durch Standortqualitäten, die immer öfter jedes gewünschte Ausstattungsmerkmal aufweisen. Infrastruktur alleine ist kaum noch ein Kriterium im Wettbewerb um Investoren: Viele bieten alles – die Konkurrenz steigt.

Gleichzeitig verringert sich bei immer mehr Unternehmen die traditionelle Bindung an den Standort und auch mittelständische Unternehmen agieren „worldwide“. Auch Arbeitskräfte werden räumlich noch mobiler: Über die Zukunft einzelner Gemeinden oder auch ganzer Regionen entscheidet in den Zeiten des „demografischen Wandels“ immer stärker die Attraktivität für Zuwanderer.

Diese Vergrößerung der Aktionsradien von Unternehmen wie Arbeitskräfte führt auch zu einer Veränderung des bisherigen Standortverhaltens. Daher müssen sich die Standorte selbst, also die Gemeinden und Regionen, den neuen Anforderungen entsprechend positionieren.

Unter diesem Eindruck versucht die EU im Rahmen der „Lissabon-Strategie“ die Wettbewerbsposition weiter zu stärken und die Gemeinschaft als weltweit stärksten Wirtschaftsstandort zu etablieren. Entsprechende Aktivitäten konzentrieren sich dabei auf verschiedene

Fachbereiche. Im Bereich der Raumordnung zielt die Strategie auf eine Stärkung der „Leistungsträger“ – jener Teilräume, in denen ein Großteil der Wertschöpfung generiert wird und die damit (etwas zugespitzt ausgedrückt), jenen Beitrag erwirtschaften, mit dem im Rahmen der Kohäsionspolitik, unter anderem, die Entwicklung wirtschaftlich schwächerer Regionen gefördert wird.

Die Unterstützung wirtschaftlich starker und innovativer Metropolregionen ist ein Beitrag zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Europa – eine Anpassung der Raumkulissen an die besonderen Herausforderungen einer kleiner werdenden Welt. Welche Regionen zukünftig als Metropolregion gelten, kann – zumindest teilweise – durch unterschiedliche Maßnahmen auf politischer und fachlicher Ebene beeinflusst werden.

2. Metropolen in Europa

Der verwendete Metropolenbegriff orientiert sich nicht am Bild der „Megacities“, die mit bis zu mehr als 25 Mio. mehr Einwohner größer sind als zahlreiche Mitgliedsländer der EU. Zugrundegelegt wird vielmehr das Modell der „Europäischen Stadt“ bzw. des „Städteverbundes“, das sich über urbane Funktionen definiert, wie etwa

- Steuerungs- und Kontrollfunktion, ausgedrückt durch die Konzentration politischer und ökonomischer Schaltstellen sowie die Kontrolle internationaler Finanz- und Informationsströme;
- Innovations- und Wettbewerbsfunktion, bestimmt durch eine hohe Dichte von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, einem hochwertigen kulturellen Angebot und kreative Milieus;
- „Gateway“-Funktion mit guter internationaler Erreichbarkeit durch hochrangiges Verkehrsinfrastrukturangebot und vielfältige Optionen für den Austausch von Gütern, Wissen und Informationen;
- Symbolfunktion mit einem hohen Maß an historischer, politischer, kultureller sowie städtebaulicher Bedeutung und einem entsprechenden internationalen Ansehen.

Qualitative Aspekte sind damit wesentlich wichtiger als beispielsweise Einwohnerzahl oder Bevölkerungsdichte. Zudem müssen die Funktionen nicht in einer Stadt – im Sinne einer administrativen Einheit – wahrgenommen werden, bzw. angesiedelt sein. Das Ruhrgebiet, Rhein-Main und Rhein Neckar oder außerhalb Deutschlands etwa die Randstadt Holland oder die polnische „Dreistadt“ sind Beispiele für solch eine polyzentrische Organisation. Maßgeblich ist vielmehr, dass die Verbindungsqualität (und damit die Reisezeiten) innerhalb des „funktionalen Netzes“ den Anforderungen genügen.

Agglomerationen mit den vorgenannten Aufgaben sind immer auch durch einen intensiven Austausch mit ihrem jeweiligen Umland gekennzeichnet. Dementsprechend basieren erfolgreiche Strategien zur Entwicklung „urbaner Kerne“ immer auch auf Einbeziehung des engeren wie weiteren Umlands – und damit auch des Ländlichen Raumes. Eine intensive Kooperation zwischen Städte untereinander und mit deren Umland ist als Lösungsstrategie und Impulsgeber insofern keine neue Erkenntnis, sondern gehört zum klassischen Instrumentarium der Raumentwicklung.

Metropolregionen als neue Kategorie der Raumplanung tragen der veränderten Aufgabendimension durch Anpassung der räumlichen Handlungsebene Rechnung. Als großräumige „Verantwortungsgemeinschaft“ von Agglomerationen, engerem und weiterem Umland streben sie gemeinsam eine Verbesserung der Standortqualität und damit der Wettbewerbsposition an.

3. Strategie der Raumordnung in Deutschland, Frankreich und der Schweiz

Die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen urbanen Zentren und dem im funktionalen Austausch stehenden Umland nimmt in den raumordnerischen Konzeptionen aller drei Länder eine besondere Bedeutung ein.

Der französische Staat unterstützt die Stärkung der Wettbewerbsposition und die Bildung flexibler Kooperationsstrukturen in ausgewählten Metropolräumen im Rahmen des „Appel à Coopération métropolitaine“. Den Oberrheinraum tangieren dabei zwei Projekte:

- 1) Réseau Métropolitain Rhin-Rhône – das von Dijon bis zum Bereich um Mulhouse reicht.
- 2) Eurodistrict Strasbourg-Ortenau – in dem die Gemeinden der Communauté Urbaine Strasbourg und des Ortenaukreises zusammenarbeiten.

Auch das „Raumkonzept Schweiz“ 2005 zielt auf eine Stärkung der „Metropolen als Netz“, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und geeignete Form der politischen Führung zu entwickeln. Im Rahmen des Agglomerationsprogramms fanden zudem die „Tri-nationale Agglomeration Basel“ bzw. die beiden Kantone die Unterstützung des Bundes für Modellvorhaben im Bereich Raumentwicklung. In diesem Zusammenhang abgebildete Verflechtungsbereiche umfassen den Bereich bis nördlich Freiburg/Breisgau.

In den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ werden ebenfalls sogenannte „Europäische Metropolregionen“ festgelegt. Ausdrücklich wird dabei auch auf den „deutsch-schweizerisch-französischen Kooperationsraum am Oberrhein“ hingewiesen. Im Rahmen der weiteren Konkretisierung sei zu prüfen, wie solche grenzüberschreitenden Räume „in das Konzept der Metropolregionen einbezogen werden können“.

In allen Ländern des Oberrheinraumes liegen damit sich entsprechende planerische Überlegungen zur Weiterentwicklung der Standortqualitäten vor. Der konzeptionelle Ansatzpunkt liegt jeweils auch in der Stärkung der (grenzübergreifende) Zusammenarbeit zwischen Agglomerationskernen und Umland. Dies zielt deutlich auf eine Vergrößerung der bisherigen Planungseinheiten, die in Anbetracht der bestehenden Herausforderungen zunehmend als nicht mehr vollständig aufgabenadäquat erscheinen. Die Kooperation innerhalb dieser Einheiten („Regional Governance“) soll kleinräumiges Konkurrenzverhalten ersetzen und Synergien nutzbar machen.

4. Situation am Oberrhein

Der Oberrheinraum ist im Alltag der Bevölkerung längst als einheitlicher Wirtschafts- und Lebensraum gegenwärtig: Pendlerverflechtungen, Einkaufsverhalten und Freizeitaktivitäten belegen diese grenzüberschreitenden Verbindungen. Mit steigenden Reisegeschwindigkeiten (Rheinüberschreitende ICE-/TGV-Verbindungen) und zunehmender Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien werden sich diese Verbindungen weiter intensivieren.

Eine umfassende Betrachtung des gesamten Oberrheinraumes zwischen Basel und Karlsruhe – der „Städtelandschaft am Oberrhein“ - unter diesen veränderten Vorzeichen steht allerdings noch aus.

Im Gegensatz zu anderen, vorgenannten, Standorten wird der Oberrheinraum „von innen“ nur unzureichend als „konzeptionelle Einheit“ wahrgenommen – eine entsprechende Außendarstellung fehlt nahezu vollständig. Durch die Betrachtung entlang bestehender nationaler Grenzen werden die außerordentlichen Potentiale des Oberrheinraumes – etwa im Bereich Wissenschaft und Forschung – nicht in ihrer Gesamtheit erfasst und berücksichtigt. Wichtige Standortfaktoren können somit nicht kommuniziert werden.

Auch in konzeptioneller Hinsicht fehlt eine umfassende Gesamtschau: Nutzung der komplementären Vorteile aller Teilräume und deren gezielte Weiterentwicklung zu einem – europaweit – attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum.

Im Oberrheinraum werden die bestehenden Profilierungsmöglichkeiten bislang nicht ausreichend genutzt. In Anbetracht der sich abzeichnenden Tendenzen zur Stärkung starker Agglomerationen kann dies bedeuten:

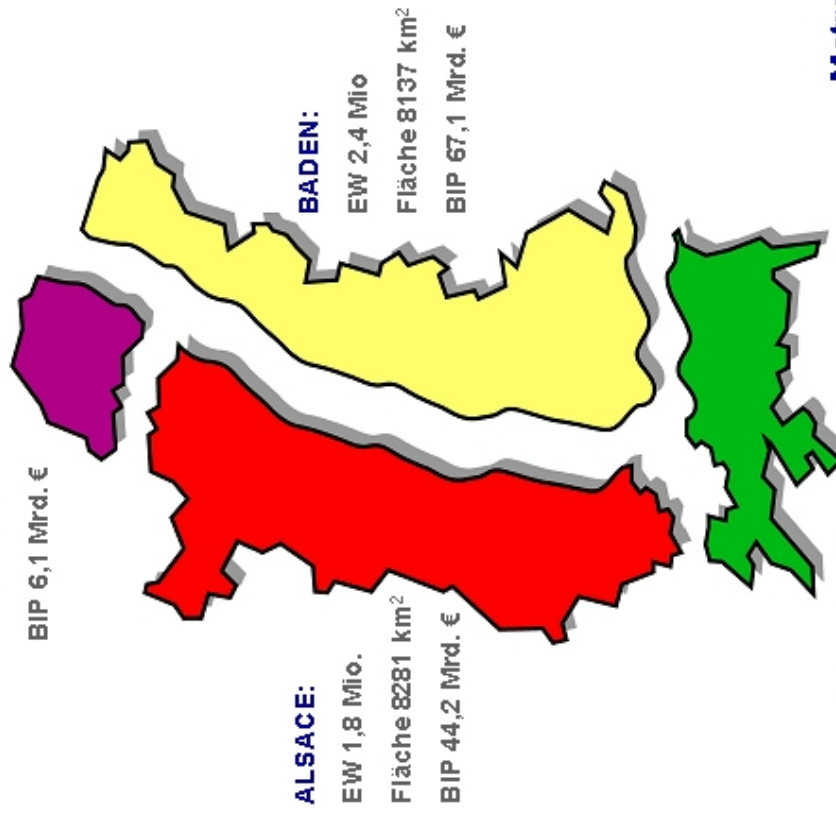
**Entweder Schaffung einer eigenständigen, handlungsfähigen Kooperationseinheit
oder
Zukunft als Hinterland von Rhein-Main, Zürich oder Lyon.**

SÜDPFALZ:

EW 0,3 Mio

Fläche 1512 km²

BIP 6,1 Mrd. €

**ALSACE:**

EW 1,8 Mio.

Fläche 8281 km²

BIP 44,2 Mrd. €

BADEN:

EW 2,4 Mio

Fläche 8137 km²

BIP 67,1 Mrd. €

NORDWESTSCHWEIZ:

EW 1,3 Mio

Fläche 3588 km²

BIP 47,9 Mrd. €

Metropolregion Oberrhein:

EW 5,85 Mio

Fläche 21518 km²

BIP 165,3 Mrd. €

**Metropolregion Oberrhein im Vergleich**

- > Einwohnerzahl EW so groß wie Finnland
- > Flächegröße halb so groß wie die Schweiz, 10fache Größe von Luxemburg
- > Bruttoinlandsprodukt BIP so groß wie Norwegen oder Nordrhein-Westfalen

5. Perspektive Europäische Metropolregion Oberrhein

Die Ausgangslage für die Weiterentwicklung des Oberrheinraumes sind günstig:

Als „Pilotregion“ der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verlässliche Kooperationsstrukturen in vielfältigen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen herausgebildet. Beispielhaft sei hierzu verwiesen auf sektorale Kooperation im Bereich der Hochschulen, des Fremdenverkehrs, der Wirtschaftsförderung bzw. die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, die Gründung von Eurodistrikten oder Zusammenschlüssen nach dem Karlsruher Abkommen.

Insbesondere die politischen und administrativen Einheiten beiderseits des Rheins haben mit dem Oberrheinrat und der Oberrheinkonferenz tri-nationale Institutionen etabliert, die bereits in ihrer derzeitigen Form einen funktionsfähigen Ansatz regionaler „Governance“ darstellen. Beide bilden in bezug auf den Zuständigkeitsbereich sowie (teilweise) auch hinsichtlich der inhaltlichen Koordination gewissermaßen den Rahmen für die vorgenannten Kooperationsformen.

Sowohl Oberrheinrat als auch Oberrheinkonferenz haben sich einhellig für die Weiterentwicklung des Oberrheinraumes als „Europäische Metropolregion“ ausgesprochen. Als erste vorbereitende Maßnahmen wurden in einer Studie wesentliche Kennziffern des Oberrheinraumes zusammengestellt und mit Experten unterschiedlicher Fachrichtungen mögliche Handlungsfelder erarbeitet.

6. Mögliche Handlungsfelder / Zielsetzungen

Im Rahmen des 10. Dreiländerkongresses, eines Expertenworkshops und weiteren Arbeitstreffen wurden potentielle Handlungsfelder einer „Europäischen Metropolregion Oberrhein“ umrissen.

In einem ersten Themenschwerpunkt wird angestrebt, den tri-nationalen **Alltag im Oberrheinraum auch konzeptionell abzubilden** und so den Bedürfnissen der Bevölkerung, von Forschungs- und Wirtschaftseinrichtungen noch besser zu entsprechen.

Ein weiterer Themenschwerpunkt wird in der **Weiterentwicklung des Standortes** gesehen. Anzustreben sei dabei eine integrierte Vorgehensweise, die sowohl der Verbesserung „harter“ Faktoren (etwa im Bereich Verkehr) Rechnung tragen als auch die vielfältigen Potentiale der „Wohlfühl Landschaft“ berücksichtigen sollte. Gerade die Grenzlage könnte in diesem Zusammenhang auch als positives Alleinstellungsmerkmal, „unique selling proposition“, aufgegriffen werden.

Um den Oberrheinraum europaweit auf den „**geistigen Landkarten**“ von Politik und Wirtschaft zu positionieren, sollte auch die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaute **Pilotfunktion in Fragen grenzüberschreitender Zusammenarbeit** aktiv eingesetzt werden.

Eine Chance zum Ausbau dieser Rolle könnte auch in der „privilegierten“ Umsetzung bilateraler Beschlüsse liegen: Der **Grenzraum als Nahtstelle zwischen zwei (bzw. drei) Staaten und damit als prädestinierter Bereich** etwa zur Umsetzung von Beschlüssen des deutsch-französischen Ministerrats. Dessen jüngste Entschlüsse zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung oder den Aufbau von Netzwerken im Bereich der Integration sind gute Beispiele, wie auch überregional / gesamtstaatlich relevante Fragestellungen unter Einsatz der im Oberrheinraum vorhandenen „Führungsvorteile“ befördert werden können.

Die Resonanz auf den 10. Dreiländerkongress belegt, dass diese Kooperationserfahrungen in einem wachsenden Europa als wichtiges Know-how gelten. Ein **Transfer dieses Wissens in die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer** kann auch dazu dienen, Wirtschaftskontakte herzustellen bzw. zu intensivieren und die Innovationsfähigkeit des Oberrheinraumes zu dokumentieren.

Um diese beschriebene Vorreiterrolle langfristig weiterzuentwickeln, ist es unerlässlich, den Fortgang des Europäischen Einigungsprozesses intensiv zu beobachten und aktiv zu begleiten. Insbesondere sollten dabei auch die **Interessen multinationaler (Grenz-)regionen** – zusammen mit anderen Regionen als „strategischen Partnern“ – vertreten werden. Dies kann auch die Einflussnahme auf die Gestaltung künftiger Förderkulissen (Stichwort Interreg IV) oder die (vorlaufende) Vergabe planerischer Prädikate (z.B. Territoriale Agenda der EU) umfassen.

Das mögliche Handlungsspektrum stellt sich damit ausgesprochen weitgefächert dar. Wichtig ist daher eine Einbindung aller tangierten Fachrichtungen und insbesondere der Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der Formulierung möglicher Zielsetzungen. Die Fortsetzung des Interreg-Programms in einer den gesamten Oberrheinraum umfassenden Programmregion bietet hier vielfältige Möglichkeiten für die strategische Weiterentwicklung und Neupositionierung des Raumes.

7. Organisation

Die Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen am Oberrhein stellt eine langfristig vorzunehmende, eigenständige Aufgabe dar. Bestehenden Institutionen ist dabei ebenso Rechnung zu tragen, wie den sich aus der Zielbestimmung ergebenden (neuen) Aufgabenstellung. Einvernehmen scheint in der Auffassung zu bestehen, dass

1. keine neue Kooperationsebene geschaffen werden soll und
2. die staatliche Ebene eingebunden bleiben muss.

Zu unterscheiden von dieser perspektivischen Aufgabe ist das zur **Entwicklung** einer „Europäischen Metropolregion“ erforderliche Projektmanagement. In dessen Aufgabenfeld liegt:

- Sammlung / Identifikation möglicher Handlungsfelder (unter Einbeziehung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft);
- Aufzeigen von Ansatzpunkten für mögliches Engagement und Koordination der Aktivitäten;
- Einsatz von „porte-paroles“, die Idee „promoten“ und Zielsetzung nach innen und Außen vertreten;
- Rückkopplung des Prozesses in politischen Gremien.

(Vorschlag zum möglichen Aufbau eines solchen Projektmanagements siehe S. 12)

Die Aufgabenstruktur, die Dynamik (vergleiche nachfolgenden Abschnitt) und notwendige Kontinuität des Prozesses lassen eine Bearbeitung außerhalb der Oberrheinkonferenz geboten erscheinen. Dennoch sollte – insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung des 11. Dreiländerkongresses – eine möglichst intensive Abstimmung gewährleistet sein.

Die weitere konzeptionelle Bearbeitung des Themas „Europäische Metropolregion“ macht eine zeitnahe, flexible und effiziente Bearbeitung erforderlich. Neben prominenten „Fürsprechern“ sollen alle Interessierten an der Gestaltung der Inhalte mitwirken können.

8. „Road map“ - Mögliche Meilensteine

Nach erfolgter Beschlussfassung in Oberrheinrat, Oberrheinkonferenz und den Verbandsversammlungen der Regionalverbände sowie einer deutlichen Positionierung der baden-württembergischen Landesregierung steht eine weitere konzeptionelle Unterfütterung des Modells einer „Europäischen Metropolregion Oberrhein“ an.

Für die prominente überregionale Herausstellung des Themas (resp. die Präsentation des Oberrheinraumes) bieten sich in den kommenden Monaten günstige Gelegenheiten:

Juli 2006

Veröffentlichung der „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“. Vorgelegt werden damit Handlungsansätze, aus denen praxisorientierte Umsetzungsformen abgeleitet werden sollen.

In diesem Zuge sollen grenzüberschreitende Aspekte ausdrücklich in das Konzept integriert und „entsprechende Regionen durch „Initiierung von Fachkonferenzen (...) und die Begleitung der Umsetzung vor Ort“ unterstützt werden.

Bis Ende September 2006

Möglichkeit, Anregungen zum Entwurf der Territorialen Agenda der EU unmittelbar beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einzubringen.

Oktober 2006 bis Januar 2007

Vorbereitung der Gründung eines „Freundes- bzw. Initiativkreises Europäische Metropolregion Oberrhein“ durch die Industrie- und Handelskammern und Regionalverbände am Oberrhein

Januar 2007

Beginn der deutschen EU – Ratspräsidentschaft
Bearbeitung der Territorialen Agenda der EU

Februar 2007

Öffentliche Gründungsveranstaltung des „Freundes- bzw. Initiativkreises Europäische Metropolregion Oberrhein“

1.Quartal 2007

Treffen der deutschen Ministerkonferenz für Raumordnung mit EU-Kommissarin Danuta Hübner in Strasbourg.

24./25. Mai 2007

EU Ministertreffen Leipzig

Herbst 2007

11. Dreiländerkongress in Straßburg

1. Juli 2006 bis 30. Juni 2008

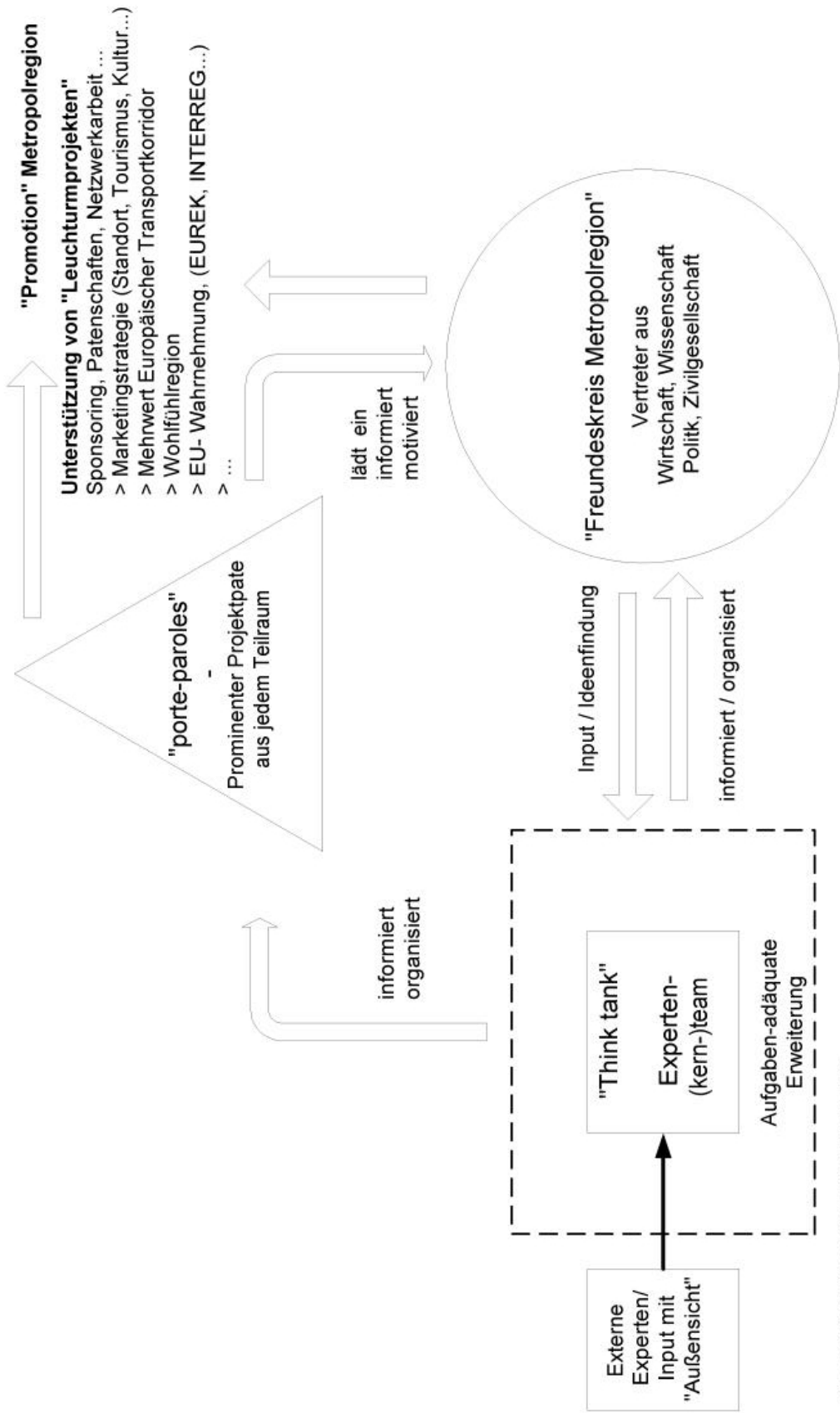
Land Baden-Württemberg (Wirtschaftsminister) hat den Vorsitz in der Ministerkonferenz für Raumordnung

In Anbetracht der damit nur sehr begrenzt zur Verfügung stehenden Zeit ist es geboten, denn Prozess der weiteren Gestaltung zeitnah, kompakt und konzertiert mit den genannten Ereignissen zu betreiben.

Im Mittelpunkt muss dabei die Frage stehen:

**Was können wir gemeinsam tun,
um die Position des Oberrheinraumes in einem
zunehmenden globalen Wettbewerb weiter zu verbessern?**

Europäische Metropolregion Oberrhein - Kooperationsstruktur / Projektorganisation



Prozessorganisation "Ideenfindung"
 Vorbereitung zentraler Veranstaltungen / Projektmanagement
 "Ständige Ansprechpartner"